

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juni 2013
– Drucksache 15/3686**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 7: Nutzung und Finanzierung von länder-
übergreifenden IT-Programmen**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Juni 2013 – Drucksache 15/3686 – Kenntnis zu nehmen.
2. Die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag über die vom IT-Planungsrat beschlossene Weiterführung der Maßnahme „Evaluierung der Kieler Beschlüsse“ zu berichten.

19. 09. 2013

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/3686 in seiner 35. Sitzung am 19. September 2013.

Der Berichterstatter legte dar, die Landesregierung sei mit dem, was sie in ihrer Mitteilung zum Ausdruck bringe, auf dem richtigen Weg. Benötigt würden einheitliche IT-Strukturen und Open Source. Notwendig sei ferner ein Chief Information Officer, der Standardisierungen und anderes überwache sowie durchführe. Dies halte er für zielführend und richtig.

Die Landesregierung sollte aber nicht nur den Software-, sondern auch den Hardwareteil ansprechen. So erscheine es ihm etwas redundant, dass Baden-Württemberg über zwei Rechenzentren verfüge. Er würde sogar noch einen Schritt weitergehen und anregen, per Staatsvertrag ein einziges Rechenzentrum in Deutschland zu errichten. Dies würde seines Erachtens ausreichen, um die Bedürfnisse zu befriedigen. Die Server seien insgesamt nicht ausgelastet.

Er erachtete es als gut, wenn der Minister für Finanzen und Wirtschaft in diesem Sinn initiativ würde. Dies wäre ein Einsparvorschlag der Opposition, bei dessen Umsetzung sich für das Land mit Sicherheit ein hoher zweistelliger Millionenbetrag einsparen ließe. Auch die anderen Länder könnten ihre Kosten reduzieren. Mit diesem Vorschlag wende er sich an den Rechnungshof sowie an den Minister für Finanzen und Wirtschaft.

Ein Abgeordneter der SPD betonte, er habe bisher noch nicht vernommen, dass der Rechnungshof gefordert hätte, ein einziges Rechenzentrum für Deutschland zu bilden. Über eine solche Forderung müsse vielleicht noch einmal gesprochen werden.

Die Landesregierung habe zum Thema „Weitere Kooperationen zwischen den Ländern“ am Anfang ihres Berichts eine interessante Liste mit Spiegelstrichen vorgelegt. Worin die Zusammenarbeit in der Substanz genau bestehe, lasse sich in dem Bericht nicht erkennen. Doch vertraue er darauf, dass die richtige Richtung eingeschlagen werde.

Nach Aussage des IT-Planungsrats und derjenigen, die in den Ländern zusammenarbeiteten, würden die sogenannten Kieler Beschlüsse, die die Kooperation offenbar beschrieben, sehr unterschiedlich gehandhabt. Auch seien sie nicht mehr zeitgemäß und deckten nicht alles ab.

Er entnehme dem Bericht der Landesregierung, dass der IT-Planungsrat am 8. März 2013 beschlossen habe, die Maßnahme „Evaluierung der Kieler Beschlüsse“ weiterzuführen. Diese Evaluierung sei noch einmal zu betrachten. Daher beantrage seine Fraktion, nach der Evaluierung den vorliegenden Beratungsgegenstand erneut zu behandeln, ohne dafür einen genauen Zeitpunkt zu nennen.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft teilte mit, er unterstütze alle effizienzsteigernden Maßnahmen und wäre sofort bereit, die IT bundesweit zu bündeln. Über die Föderalismuskommission I sei im Grundgesetz schon eine Voraussetzung geschaffen worden, um eine engere Kooperation zu ermöglichen. Vielleicht müsse dies im Rahmen einer weiteren Föderalismusreform noch zusätzlich abgesichert werden. So wäre es sicher sinnvoll, wenn man alles, was in den Bundesländern parallel laufe, parallel berechnen lassen könnte.

Ohne förmliche Abstimmung verabschiedete der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden folgende Beschlussempfehlung an das Plenum:

Der Landtag wolle beschließen,

- 1. von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/3686, Kenntnis zu nehmen;*
- 2. die Landesregierung zu ersuchen, dem Landtag über die vom IT-Planungsrat beschlossene Weiterführung der Maßnahme „Evaluierung der Kieler Beschlüsse“ zu berichten.*

07. 10. 2013

Dr. Reinhard Löffler